

Plastikmüll gehört nicht ins Meer! Meeresverschmutzung muss auch in Berlin stärkere Beachtung finden

mit Sorge beobachten die Mitglieder der Insel- und Halligkonferenz die Entwicklung einer wachsenden und dauerhaften Verschmutzung der Meere, insbesondere der Nordsee.

„Dabei geht es nicht mehr „nur“ um die klassische Müllentsorgung in der Nordsee durch die Seefahrt selbst, Verklappungen, Öllentsorgungen oder auch die Einträge aus den Anrainerstaaten“, so Jürgen Jungclaus, Vorsitzender der IHKo, „sondern durch Wirkstoffe, die noch dramatischer und „nachhaltiger“ für eine unumkehrbare Verseuchung der Nordsee sorgen. Stellvertretend für die wachsende Nukleare und chemische Verseuchung möchten wir hier den wachsenden Eintrag durch Plastikmüll erwähnen“

Plastikmüll wird zur ständigen Meeressubstanz

Plastik hat sich zu einem Material entwickelt, das im täglichen Leben viele Vorteile mit sich bringt und vielseitig verwendet wird. Das Ergebnis ist eine Steigerung der Produktion von ca. 5 Mio Tonnen in den Jahren um 1950 zu 230 Mio Tonnen heute. Die „Entsorgung“ von Plastikverpackungen und Resten führt zu einer dauerhaften Verseuchung der Meere, denn Plastik „vergeht“ nicht und bleibt als Mikroteil ewig im Wasser und an den Stränden, das haben aktuelle Untersuchungen ergeben. Meerestiere und Vögel verenden an diesem Müll und die Mikroteile gelangen durch die Fische auch in unsere Nahrungskette.

Untersuchungen und Kampagnen dazu werden von KIMO International begleitet, einer Organisation der zahlreiche europäische Kommunen der Nordseeanrainerstaaten angehören. Die Insel- und Halligkonferenz ist zusammen mit den Ostfriesischen Inseln als deutsche Sektion Mitglied in KIMO und wird sich diesem Thema stärker widmen.

Internationale Zusammenarbeit zum Wohle der Nordsee ist hier gefragt!

Mit einem Schreiben an Ingbert Liebing, MdB, bittet die IHKo ihn nun darum, das Thema Meeresverschmutzung in den Umweltausschuss des Deutschen Bundestages einzubringen und damit auch auf die Bundespolitik einzuwirken sich dieser Problematik verstärkt anzunehmen.

Gleichlautende Schreiben erhalten auch die Umweltministerin von Schleswig-Holstein und der Umweltminister von Niedersachsen.

Föhr am 5. Mai 2010

Für weitere Fragen stehen Jürgen Jungclaus (Vorsitzender) unter 0171 3686633 oder Annemarie Lübcke (Regionalbüro Uthlande) unter 0170 980 4645 zur Verfügung.

